

Infobrief Frieden, September 2015, Nr. 1

Inhalt:

Tagung:

Frieden lernen - Perspektiven einer Friedensbildung im 21. Jahrhundert

Handreichung:

Zum Umgang mit „Gedenkort für Kriegstote in Kirchen“ in der EKvW

Materialien der Bundeszentrale für politische Bildung bpb:

Schulnewsletter August 2015: Armut - hier und weltweit
Dossier: Islamismus: Dschihad zwischen Frieden und Gewalt
Kapitalismus und Alternativen
Allah ist groß, die Hoffnung klein
Deutschland in Daten
Didaktik der inklusiven politischen Bildung

Aus dem epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 36_2015

Aus den **KIRCHEN**

Hunderte bei interreligiöser Friedenswallfahrt in Kevelaer Christen, Juden, Muslime und Hindus beten für Frieden

FLÜCHTLINGE und Gewalt

Gewaltforscher: Distanzierung vom Mob genügt nicht

Gesellschaft und SOZIALES

Bündnis fordert Stopp der TTIP-Verhandlungen Großdemonstration für mehr Gerechtigkeit im Welthandel am 10. Oktober geplant

Politik und KULTUR

Facebook - Maas fordert Vorgehen gegen rassistische Inhalte

Lyriker Adonis erhält Remarque-Friedenspreis

ENTWICKLUNGS-POLITIK

Bomben unterm Schleier Auch Frauen sprengen sich für die islamistische Terrorgruppe Boko Haram in Nigeria in die Luft

Südsudan: Präsident unterzeichnet Friedensabkommen

Hinweise und Links:

"Ferien vom Krieg - Dialoge über Grenzen hinweg".

Auszug aus der Rede von Egon Bahr: „Sicherheit nur gemeinsam!“

Materialien der Bundeszentrale für politische Bildung bpb:

Schulnewsletter August 2015

Armut - hier und weltweit

Trotz des anhaltend hohen Wirtschaftswachstums sind immer mehr Menschen in Deutschland von Armut bedroht und auch weltweit ist das Thema »Armut« nach wie vor aktuell. Der aktuelle Schulnewsletter befasst sich mit dem Thema »Armut - in Deutschland und anderswo« und seiner Umsetzung im Unterricht. Er bietet Texte und Infografiken zur aktuellen Lage sowie Unterrichtsmaterialien und unterrichtsrelevante Beiträge aus der Mediathek.

<http://www.bpb.de/211369>

Dossier

Islamismus: Dschihad zwischen Frieden und Gewalt

Unter Dschihad versteht der Duden den "Kampf der Muslime zur Verteidigung und Verbreitung des Islams", den "Heiligen Krieg". Zugleich bezeichne Dschihad das zu den muslimischen Grundpflichten gehörende Streben, nach dem islamischen Glauben zu leben. Wie ist das Dschihad-Konzept historisch zu verstehen? Welche modernen Auslegungen gibt es?

<http://www.bpb.de/210988>

Aus Politik und Zeitgeschichte
Kapitalismus und Alternativen

Seit Beginn der Weltwirtschaftskrise 2008 hat Kapitalismuskritik wieder Konjunktur. Die Liste der Anklagepunkte ist lang; gleichzeitig hat der Kapitalismus für einen großen Teil der Menschheit ein nie dagewesenes Wohlstandsniveau hervorgebracht.

<http://www.bpb.de/211053>

Schriftenreihe
Allah ist groß, die Hoffnung klein

Viele Menschen im Nahen Osten und in Teilen der arabischen Welt leiden aktuell unter Gewalt, Fanatismus und fehlender Perspektive. Der Korrespondent Thomas Aders schildert in eindringlichen Porträts die Schicksale Einzelner und vermittelt so ein bewegendes wie auch bedrückendes Bild der Lebensrealität vor Ort.

<http://www.bpb.de/210962>

Zeitbilder
Deutschland in Daten

Wie hoch? Wie groß? Wie viele? Mit welcher Dynamik? Wie haben sich Klima, Bevölkerung und Arbeit, wie Freizeit, Gesundheit und Sozialleistungen, wie Landwirtschaft oder Industrien entwickelt? »Deutschland in Daten« liefert Zeitreihen zu zentralen Themenstellungen.

<http://www.bpb.de/211002>

Schriftenreihe
Didaktik der inklusiven politischen Bildung

Die Publikation geht der Frage nach, wie durch politische Bildung, inklusiv geplant und gestaltet, die politische Teilhabe aller ermöglicht werden kann. Denn Inklusion ist ein Menschenrecht, eine Aufgabe für alle. Der Fokus liegt auf der Förderung der Politikkompetenz von Menschen mit Lernschwierigkeiten.

<http://www.bpb.de/210959>

Tagung:

Frieden lernen

*Perspektiven einer Friedensbildung im
21. Jahrhundert*

15.-17. Oktober 2015 - Universität Koblenz-Landau

Campus Koblenz, E011

Konfliktkompetenzen stärken – Frieden lernen

Friedensbildung spielt eine unverzichtbare Rolle beim Erlernen eines konstruktiven Umgangs mit Konflikten. Gerade jungen Menschen bietet sie zudem die Möglichkeit, sich mit Werten und politischen Meinungen auseinanderzusetzen sowie eigene Handlungsmöglichkeiten zu reflektieren.

Die Tagung skizziert die Potentiale für unterschiedliche Lernorte, Unterrichtsfächer, Ausbildungscurricula und Forschungsbereiche.

<http://uni-ko-ld.de/frieden-lernen>

Flyer als pdf im Anhang oder auf der Seite www.wie-krieg-ich-frieden.de

Handreichung zum Umgang mit „Gedenkorte für Kriegstote in Kirchen“ in der EKvW

In vielen Kirchen befinden sich Gedenkorte für die Toten der Kriege. Solche Denkmäler werden heute aber sehr oft kritisch wahrgenommen. Die 24-seitige Handreichung ?So viele Namen? widmet sich darum dem Umgang mit Gedenkorten für Kriegstote in Kirchen; ordnet sie historisch ein, thematisiert den verantwortlichen Umgang mit ihnen heute und gibt interessante Literaturtipps. Herausgegeben wurde sie vom Evangelischen Erwachsenenbildungswerk Westfalen und Lippe e. V. in Kooperation mit dem Evangelischen Kirchenkreis Bielefeld.

mehr http://newsletter.ekvw.net/fileadmin/sites/newsletter/2015/18/So_viele_Namen.pdf

Hunderte bei interreligiöser Friedenswallfahrt in Kevelaer Christen, Juden, Muslime und Hindus beten für Frieden



An der Friedensampel wurde das Friedenslicht entzündet und an die Vertreter der Religionsgemeinschaften übergeben (Dritter v.l.: Rupert Neudeck). epd-bild / Friedrich Stark

Kevelaer (epd). Mehrere hundert Menschen unterschiedlicher Religionszugehörigkeit haben nach Veranstalterangaben am Freitag an der ersten interreligiösen Wallfahrt im niederrheinischen Wallfahrtsort Kevelaer teilgenommen. Auf den Stufen zur Basilika beteten am Nachmittag Christen, Juden, Muslime, Hindus und Jesiden jeweils nach ihren eigenen Riten. Neben Gebeten wurden auch Friedenslieder angestimmt und kurze Reden zum Thema Frieden gehalten. Der Mitorganisator und Friedensaktivist Rupert Neudeck hob die Verantwortung jedes Einzelnen hervor: Ob es Frieden gibt, liege an den Menschen selbst. »Wir dürfen nicht auf die Politiker warten, um den Traum vom Frieden wirklich werden zu lassen«, sagte der Grründer des Hilfswerkes Cap-Anamur und Vorsitzende des Friedenscorps »Grünhelme«. »Wir wollen, dass nicht mehr über den Ausbruch von Krieg und Konflikten gesprochen wird. Wir wollen, dass der Weltfrieden ausbricht«. Nach seinen Worten sind vor allem die drei abrahamitischen Weltreligionen gefordert. »Wir, die wir an den einen Gott glauben, müssen erkennen, dass wir etwas dafür tun müssen, wenn wir den Frieden wollen.« Nach Angaben von Wallfahrtsrektor Rolf Lohmann waren die Christen die größte Gruppe der Teilnehmer bei der interreligiösen Wallfahrt. Die Wallfahrtsleitung war im Vorfeld von bis 1.000 Teilnehmern ausgegangen. Alle Teilnehmer entzündeten im Verlauf der Veranstaltung auf dem Kapellenplatz Lichter. Anschließend wurde das Licht in der neuen Kevelaerer Friedenslicht-Stele entzündet. »Das Symbol der Friedensstele soll deutlich machen: Wir wollen für den Frieden brennen«, sagte Lohmann. Am Ende der Veranstaltung am frühen Abend wollten die Teilnehmer der interreligiösen Wallfahrt gemeinsam eine Friedensresolution sprechen, deren Inhalt vorher mit allen Religionsgruppen abgesprochen wurde. Protestanten nahmen offiziell nicht an der interreligiösen Wallfahrt teil. Weder die Rheinische Landeskirche noch der Evangelische Kirchenkreis Kleve waren zur Vorbereitung der Wallfahrt eingeladen worden. Das Presbyterium der evangelischen Kirchengemeinde Kevelaer hatte sich gegen eine Teilnahme ausgesprochen. Die Gemeinde sei auch nicht bei den Vorbereitungen einbezogen worden, sagte die Pfarrerin der Gemeinde, Karin Dembek dem epd. Zuvor waren die unterschiedlichen Religionsgruppen am frühen Nachmittag aus verschiedenen Richtungen kommend zu Fuß nach Kevelaer gezogen. Der 28. August war als Termin für die interreligiöse Wallfahrt gewählt, weil der amerikanische Bürgerrechtler Martin Luther King an diesem Tag im Jahr 1963 seine berühmte »I have a dream«-Rede hielt. Die interreligiöse Friedenswallfahrt solle ein Zeichen sein, das auch in andere Regionen hinein wirke, hatte Neudeck im Vorfeld erklärt. Gegnerschaft und Hass zwischen den verschiedenen Glaubensrichtungen müssten durch Gemeinsames überwunden werden. Kevelaer ist wegen Marienerscheinungen in den Jahren 1641/1642 Wallfahrtsort. Mit etwa einer Million Pilger jährlich ist die kleine Stadt inzwischen der größte Wallfahrtsort im Nordwesten Europas.

FLÜCHTLINGE und Gewalt

Gewaltforscher: Distanzierung vom Mob genügt nicht



Besuche von Flüchtlingsheimen von prominenten Politikern reichen nach Einschätzung des Gewaltforschers Andreas Zick zur Bekämpfung rechtsextremer Gewalt nicht aus.

Bielefeld (epd). Besuche prominenter Politiker in Flüchtlingsheimen reichen nach Einschätzung des Gewaltforschers Andreas Zick zur Bekämpfung rechtsextremer Gewalt nicht aus. Politische, kulturelle und soziale Eliten könnten eine Vorbildfunktion haben, sagte der Bielefelder Extremismusforscher Andreas Zick dem Evangelischen Pressedienst (epd). »Auf solche Besuche muss man aber gut vorbereitet sein und Antworten wie Konzepte im Gepäck haben«, sagte Zick. Es reiche nicht aus, sich von irgendeinem »Mob« zu distanzieren. »Die Risse in der Gesellschaft sind noch tiefer, als es singuläre Gewaltakte vermuten lassen.« Entscheidender sei, dass eine Demokratie durch ihre Bürger wehrhaft sei. Vor fremdenfeindlichen Ausschreitungen ist nach Worten Zicks keine Region sicher, weil die extremistischen Milieus zunehmend eine Guerillataktik verfolgen. In Sachsen hätten sich jedoch gewaltorientierte Gruppen festsetzen können. In den östlichen Bundesländern gebe es zudem stärkere menschenfeindliche Vorurteile, weil die Umwelt kaum oder gar nicht multikulturell sei. Dazu kämen Demokratiedefizite vor Ort und etablierte rechtsextreme und -populistische Strukturen. »Die Zuwanderung wird Sachsen gut tun«, sagte Zick. Der Versuch, das Stigma der »anfälligen Region« erst einmal wegzubekommen, werde allerdings nicht helfen. Zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit sind nach Ansicht des Wissenschaftlers Solidarität der Zivilgesellschaft sowie politische Richtungsentscheidungen zur Integration nötig. Die derzeitige Zuwanderung in Deutschland stelle die Gesellschaft vor ganz neue Aufgaben. »Das Land wird sich sehr ändern und Gruppen werden noch stärker versuchen, die Entwicklung radikal auszubremsen«, sagte der Extremismusforscher. Die Politik könne die Zivilgesellschaft stärken und Solidarität unterstützen. Nötig sei auch, ein »langfristiges Integrationspaket« zu schnüren. Zick mahnte, dass Menschenfeindlichkeit wachsam verfolgt werden müsse. Da wo Vorurteile verbreitet waren, mache sich jetzt Gewalt breit. Nötig sei es auch, die Begleitforschung zu fremdenfeindlicher Gewalt zu stärken und zu nutzen. Es reiche nicht, von Heidenau zum nächsten Ort zu wandern. Die Übergriffe müssten sehr genau analysiert werden: »Sie erzählen uns eine Radikalisierungsdynamik, von der wir für die Zukunft lernen können.« *epd-Gespräch: Holger Spierig*

epd-Wochenpiegel | AUSGABE WEST Nr. 36_2015 Seite _18

GESELLSCHAFT und SOZIALES

Bündnis fordert Stopp der TTIP-Verhandlungen Großdemonstration für mehr Gerechtigkeit im Welthandel am 10. Oktober geplant

Berlin (epd) Ein Bündnis aus Gewerkschaften, Umweltschützern und Entwicklungsorganisationen fordert, die Verhandlungen zum transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP zu stoppen. Die Gespräche hinter verschlossenen Türen dienten bislang nur den Handelsinteressen großer amerikanischer und europäischer Konzerne, hieß es in einer offiziellen Erklärung am 25. August in Berlin. Dem Protestbündnis gehören mehr als 30 Organisationen an, unter anderem der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), der Deutsche Kulturrat, die Umweltorganisation BUND und das evangelische Hilfswerk »Brot für die Welt«. Sie rufen zu einer Demonstration gegen TTIP am 10.

Oktober in Berlin auf. Bis zu 50.000 Teilnehmer werden erwartet. Das Bündnis verlangt zudem, das Freihandelsabkommen CETA zwischen Kanada und der EU nicht zu ratifizieren. Beide Abkommen, TTIP und CETA, hätten negative Auswirkungen auf viele Bereiche des täglichen Lebens, hieß es. Stefan Körzell, DGB-Vorstandsmitglied, warnte vor den Folgen für die Arbeitnehmer.

»Arbeitnehmerrechte müssen ausdrücklich formuliert werden, sie müssen einklagbar sein«, sagte er. Als Beispiel nannte er die Sonnund Feiertagsarbeit. Das Arbeitszeitgesetz erlaube bereits heute Ausnahmen - und zwar dann, wenn bei längeren Betriebszeiten im Ausland die Konkurrenzfähigkeit eines deutschen Unternehmens unzumutbar beeinträchtigt werde und die Beschäftigung gesichert werden müsse. Körzell betonte, dass durch TTIP ein stärkerer Wettbewerb zwischen deutschen und amerikanischen Firmen zu erwarten sei. Daher sehe er die Gefahr, dass dadurch auch die Arbeitszeiten ausgeweitet würden, weil die Unternehmen konkurrenzfähig bleiben wollten. Das könnten die Gewerkschaften im Nachhinein nicht mehr in den Griff kriegen, erklärte Körzell. Deshalb müssten in TTIP Schutzklauseln für Arbeitnehmer verankert werden. Der Vorsitzende des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Hubert Weiger, forderte, hohe Umwelt- und Verbraucherstandards in Europa und in den USA zu sichern. In den USA gebe es keine Pflicht, gentechnisch veränderte Lebensmittel oder Hormonfleisch zu kennzeichnen, sagte er. Damit hätten amerikanische Produzenten deutliche Vorteile vor europäischen Händlern. »Dies verhindert einen fairen Wettbewerb und verschärft den Druck auf die EU-Staaten, höhere Standards abzuschaffen«, warnte Weiger. Die Präsidentin von »Brot für die Welt«, Cornelia Füllkrug-Weitzel, kritisierte, dass TTIP nur die Interessen der EU und der USA im Blick habe. Auswirkungen auf die Entwicklungsländer würden ignoriert, sagte die Pfarrerin. Nach einer Studie des ifo-Instituts hätten Menschen in armen Staaten Einkommensverluste durch TTIP zu befürchten, zum Beispiel in Bangladesch wegen sinkender Exportchancen. Daher müssten die Verhandlungspartner des TTIP-Abkommens auch die Folgen für schwächere Staaten berücksichtigen. Mit Blick auf die Nachhaltigkeitsziele, die die Staatengemeinschaft Ende September bei einem UN-Gipfel in New York beschließen will, warnte Füllkrug-Weitzel vor Rückschritten. TTIP dürfe diesen Zielen für eine weltweite nachhaltige Entwicklung und einen gerechten Handel nicht zuwiderlaufen, betonte die Theologin. Zu den geplanten Zielen gehört die Überwindung des Hungers und der extremen Armut bis 2030.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 36_2015 Seite 37

Politik und KULTUR

Facebook - Maas fordert Vorgehen gegen rassistische Inhalte

Berlin (epd). Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) hat das soziale Netzwerk Facebook zu einem schärferen Vorgehen gegen rassistische Kommentare aufgefordert. Facebook sollte »dringend überprüfen«, ob die gegenwärtigen Standards und deren Anwendung ausreichend seien, und Maßnahmen treffen, um die Verbreitung rassistischer und volksverhetzender Inhalte wirksam zu bekämpfen, heißt es in einem Brief von Maas an das Unternehmen, über den zuerst der »Tagesspiegel« berichtete und der auch dem Evangelischen Pressedienst (epd) vorliegt. Maas schreibt darin weiter, zahlreiche Hinweise und Beschwerden von Bürgern hätten sein Haus erreicht. Es sei kaum nachvollziehbar, dass Fotos bestimmter Körperteile wegen moralischer Bedenken automatisch gelöscht würden, rassistische Äußerungen hingegen selbst nach Hinweisen nicht entfernt würden. Maas verweist dabei auf die sogenannten Gemeinschaftsstandards von Facebook, die auch das Löschen von Inhalten vorsehen, die Personen aufgrund ihrer Rasse, Ethnizität oder Herkunft angreifen. Maas lädt Facebook-Vertreter in dem Schreiben zu einem Gespräch ein. Er betont darin, Meinungsfreiheit sei ein hohes Gut. »Das Internet ist jedoch kein rechtsfreier Raum, in dem rassistische Hetze und strafbare Äußerungen unkontrolliert verbreitet werden können«, so Maas.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 36_2015 Seite 45

Lyriker Adonis erhält Remarque-Friedenspreis

Osnabrück (epd). Der syrisch-libanesischer Lyriker Ali Ahmad Said erhält in diesem Jahr den mit 25.000 Euro dotierten Erich-Maria-Remarque-Friedenspreis der Stadt Osnabrück. Der unter dem Künstlernamen Adonis bekannte Lyriker werde für sein Eintreten für die Trennung von Religion und Staat, die Gleichberechtigung der Frauen in der arabischen Welt sowie für eine aufgeklärte arabische Gesellschaft geehrt, sagte ein Sprecher am 27. August. Die Auszeichnung wird dem 85-Jährigen am 20. November im Friedenssaal des Rathauses überreicht. Den mit 5.000 Euro dotierten Sonderpreis bekommt den Angaben zufolge die Bürgermeisterin der italienischen Mittelmeer-Insel Lampedusa, Giuseppina Maria Nicolini. Die 54-Jährige werde für ihr Eintreten für ein neues europäisches Asyl- und Einwanderungsrecht ausgezeichnet. Ebenso solle mit der Preisvergabe das Engagement der Bürger Lampedusas gewürdigt werden. Der Hauptpreis werde insbesondere im Hinblick auf die aktuellen Entwicklungen im Nahen Osten an Adonis verliehen, hieß es. Damit wolle die Jury Mut machen, an die Zukunft der Region zu glauben. Adonis setze sich kritisch mit der Rolle der Religionen auseinander und trete für eine demokratische Willensbildung ein. Er gelte als bedeutendster arabischer Dichter der Gegenwart. Der in Nordsyrien geborene und heute in Paris lebende Lyriker sei ein wichtiger Vermittler zwischen der arabischen und der westlichen Kultur. Gerade durch seine kritischen Essays erzeuge er immer wieder Aufsehen in der arabischen Welt. Der Erich-Maria-Remarque-Friedenspreis ist nach dem Autor des Anti-Kriegs-Romans »Im Westen nichts Neues« benannt, der 1898 in Osnabrück geboren wurde. Die Stadt verleiht die Auszeichnung seit 1991 alle zwei Jahre für belletristische, journalistische oder wissenschaftliche Arbeiten zum Thema Frieden und für beispielhaftes Engagement für Frieden, Humanität und Freiheit. Zu den bisherigen Preisträgern gehören unter anderen Lew Kopelew, Hans Magnus Enzensberger, Uri Avnery, Henning Mankell und Avi Primor.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 36_2015 Seite 46

ENTWICKLUNGS-POLITIK

Bomben unterm Schleier Auch Frauen sprengen sich für die islamistische Terrorgruppe Boko Haram in Nigeria in die Luft

Genf (epd). Seit Jahren terrorisiert die islamistische Miliz Boko Haram die Bevölkerung in Nigeria mit blutigen Anschlägen. Schätzungen zufolge rissen sie bereits mehr als 13.000 Menschen in den Tod. Während Männer mit Panzern und Artillerie in den vermeintlich heiligen Krieg ziehen, verbreiten auch immer häufiger Frauen und Mädchen mit Bomben Angst und Schrecken. Am 25. August sprengten sich zwei Attentäterinnen am Busbahnhof der Stadt Damaturu im Nordosten des Landes in die Luft. Eine von ihnen soll erst 14 Jahre alt gewesen sein. Mindestens sieben Menschen starben. Kein Einzelfall: Seit Juni vergangenen Jahres verübten mehr als ein Dutzend Frauen auf Märkten und anderen belebten Plätzen in Nigeria Selbstmordanschläge. »Dass Mädchen und Frauen zu Selbstmordattentäterinnen werden, ist bei islamistischen Gruppen absolut unüblich«, sagt die Ethnologin Susanne Schröter, Leiterin des Frankfurter Forschungszentrums Globaler Islam. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, würden Frauen aufgrund der scharfen Trennung der Geschlechterrollen nicht zu den Kämpferinnen gezählt. Doch für Boko Haram scheint das nicht zu gelten. Zwar hatte Terrorchef Abubakar Shekau erklärt, Frauen hätten jenseits von Haushalt und Familie nichts zu suchen. Damit begründete er auch die Entführung von mehr als 240 Schülerinnen aus einem Internat in Chibok im April 2014. Dass dennoch eine wachsende Zahl von Frauen Selbstmordattentate für Boko Haram verübt, wertet die US-Sicherheitsexpertin Mia Bloom daher als ein Zeichen der Schwäche. Frauen würden vor allem gegen weiche Ziele eingesetzt, wo sie weniger auffielen als Männer, sagt sie, zum Beispiel auf Märkten. »Terrorgruppen, die Frauen engagieren, machen das, weil sie an harte Ziele nicht herankommen - oder schlicht, weil sie nicht genügend Männer zusammenbekommen«, erläutert Bloom.

Selbstmordattentäterinnen handeln unter Zwang

Opfern sich Frauen für den Dschihad, motiviert das laut Bloom wiederum weitere Männer, sich den Terroristen anzuschließen - und sei es aus Scham. Bislang sollen Nigerias Islamisten rund 50 Selbstmordattentäterinnen ausgebildet haben, wie eine der Bürgerwehren in Maiduguri behauptet, die im Dezember eine der Bombenlegerinnen überwältigen konnte. Demnach sollen die Frauen den Auftrag bekommen haben, gemeinsam 100.000 Menschen zu töten. Schröter glaubt auch, dass Frauen in sozialen Konflikten Selbstmordattentate als »ehrvolle Auswege aus ihrer Schande« verkauft werden. Viele Frauen aber sprengen sich nicht freiwillig in die Luft, sondern werden von Männern gezwungen, sich in lebende Bomben zu verwandeln. Auch Geld kann eine Rolle spielen: Boko Haram soll Familien für Selbstmordanschläge bezahlt haben. Und der Wettlauf der Gewalt wird in den sozialen Medien noch befeuert: Im Januar wurde sogar ein zehnjähriges Mädchen zur lebenden Bombe, das andere mit in den Tod riss. *Marc Engelhardt (epd)*

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 36_2015 Seite _53

Südsudan: Präsident unterzeichnet Friedensabkommen

Genf/Juba (epd). Nach tagelangem Zögern hat Südsudans Präsident Salva Kiir am 26. August ein Abkommen unterzeichnet, das den seit 20 Monaten währenden Bürgerkrieg in seinem Land beenden soll. Bei der Zeremonie in der Hauptstadt Juba äußerte Kiir allerdings weitreichende Vorbehalte und verlangte Änderungen. So habe der Friedensvertrag effektiv einen Machtwechsel zum Ziel, kritisierte er. Zur Unterzeichnung waren mehrere afrikanische Staats- und Regierungschefs angereist. Der Führer der größten südsudanesischen Rebellenbewegung, der ehemalige Vizepräsident Riek Machar, hatte das Abkommen bereits vor eineinhalb Wochen unterzeichnet. Seitdem war der Druck auf Salva Kiir gewachsen. Zuletzt hatte der UN-Sicherheitsrat mit weiteren Sanktionen gedroht. Der UN-Koordinator für humanitäre Hilfe, Stephen O'Brien, bezeichnete die Lage im Südsudan als katastrophal. Mehr als 2,2 Millionen Menschen seien auf der Flucht. Kiir kündigte an, seine Regierung werde einen detaillierten Katalog mutmaßlicher »Fehler« vorlegen, die geändert werden müssten. Zudem forderte er die Vermittler auf, die Bedenken ernst zu nehmen. Andernfalls könne der Frieden nicht von Dauer sein. Er warf den Rebellen vor, sich schon jetzt nicht an die vereinbarte Waffenruhe zu halten. Am Morgen hätten Truppen, die zu Machar gehören, die Regierungsarmee im Norden des Landes angegriffen. Eine unabhängige Bestätigung dafür gab es zunächst nicht. Ugandas Präsident Yoweri Museveni, dem die militärische Unterstützung Kiirs vorgeworfen wird, nannte den Bürgerkrieg nicht gerechtfertigt. Auch Kenias Präsident Uhuru Kenyatta hatte Kiir aufgerufen, das unter internationaler Vermittlung zustande gekommene Friedensabkommen zu unterzeichnen. Es gebe keinen perfekten Frieden, sagte Kenyatta, der die Unterstützung seines Landes bei der Umsetzung des Abkommens anbot. Nachdem Kiir sich vergangene Woche zunächst geweigert hatte, das Friedensabkommen zu unterzeichnen, war der internationale Druck auf ihn gewachsen. Der UN-Sicherheitsrat hatte am Dienstagabend ein Waffenembargo und weitere Sanktionen angedroht, sollte Kiir nicht unterschreiben. Hardliner innerhalb der südsudanesischen Regierung wollen keinen Friedensschluss, sondern fordern ein militärisches Vorgehen gegen die Rebellen bis zum Sieg. Auch die Aufständischen sind zerstritten, eine Fraktion hat sich abgespalten. Armee und Rebellen werden schwere Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen. Der Südsudan ist erst seit 2011 unabhängig und gilt als eines der ärmsten Länder der Welt.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 36_2015 Seite _54

Hinweise und Links:

Manuela Behle hat einen interessanten Link gefunden:

"Ferien vom Krieg - Dialoge über Grenzen hinweg". Schwerpunkte: Projekte zu Israel-Palästina, ehemaliges Jugoslawien und Kosovo, u.a. mit TN aus den Balkan-Staaten!!

Ein Projekt des Komitees für Grundrechte und Demokratie.

<http://www.ferien-vom-krieg.de/de>

Tagung: ‚Frieden lernen‘ in Koblenz Weitere Informationen u.a. zu Inhalten, Anreise und Unterbringung unter:
<http://uni-ko-ld.de/frieden-lernen> und auf www.wie-krieg-ich-frieden.de

Sicherheit nur gemeinsam!

Überlegungen zum 60. Jahrestag des Einstein-Russell-Manifestes

Prof. Egon Bahr

Auszug aus seiner Rede auf der Pugwash-Veranstaltung zum 60. Jahrestag des Russell-Einstein-Manifestes am 9. Juli 2015 in Berlin

Text als pdf-datei auf www.wie-krieg-ich-frieden.de